

konferenz zugeschaltet war, dass es Vorbereitungen gebe, die atomaren Brennstäbe aus dem brüchigen Abklingbecken des Reaktors IV herauszunehmen. Es bestehe aber momentan die Sorge, dass radioaktive Substanzen über das Meer verbreitet würden. Daher müßten circa 400.000 Tonnen Grundwasser, das durch die Anlage fließt und kontaminiert wurde, gespeichert werden. Zwar habe die Betreiberfirma Tepco Filteranlagen installiert, es gebe aber momentan große Platzprobleme, das aufgefangene Wasser zu speichern. Zu den Arbeiten an dem Atomkraft-

werk erklärte er auf Nachfrage einer Abgeordneten: „Das sind in der Tat Methoden aus der Steinzeit. Dadurch, dass alles so schnell geschieht, sehen wir, dass ein Problem nach dem anderen auftritt“, erklärte Ban.

Zur Zeit sei in Japan kein Atomausstieg geplant. Die Atomkraftwerke sollten aufrechterhalten, aber gleichzeitig die erneuerbaren Energien verstärkt werden. In vier Präfekturen, darunter Fukushima, gebe es aber erheblichen Widerstand gegen die Wieder-Inbetriebnahme der 17 dort vorhandenen Atommeiler. „Der Verzicht auf diese Meiler ist

wahrscheinlich“, sagte Ban. Die Regierung plane als weitere Maßnahme eine Liberalisierung des Strommarktes bis zum Jahr 2020. Dabei sollen die Stromerzeuger von den Stromverteilern getrennt werden.

Dörte Siedentopf von der Initiative Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) erklärte, dass in Japan zwischen 20.000 und 100.000 zusätzliche Krebsfälle zu erwarten seien. Die Ärztin wies darauf hin, dass gerade auch niedrige Strahlendosen Zell-schäden verursachen könnten:

„In Fukushima erleben wir gerade erst den Beginn der radioaktiven Zerstörung“, sagte sie. Auf die Frage, ob eine Dekontaminierung der Flächen möglich sei, wies die Sachverständige darauf hin, dass es auf die Beschaffenheit des Bodens ankomme. Während es in der Region um Tschernobyl eher sandigen Boden gebe, würde man in Fukushima eher felsigen Boden vorfinden. Die Frage, was mit der kontaminierten Erde passiere, sei bisher noch unbeantwortet.

Quelle: hib – heute im bundestag
Nr. 227 vom 24.04.2013 ●

Atompolitik / Atomwirtschaft

Zwölf EU-Regierungen erklärten ungebremste Befürwortung der Atomenergienutzung

Forderungen nach Kündigung des EURATOM-Vertrags und AKW-Haftpflicht

Zwölf Mitgliedsstaaten der Europäischen Union erklärten am 12. März 2013 in London, daß Atomenergie „zum zukünftigen kohlenstoffarmen Energiemix in der EU beitragen kann“ und forderten gleichzeitig die Schaffung eines Investitionsumfelds für neue Atomkraftwerke (AKW). Diese rückwärtsgewandte Haltung macht deutlich, daß sich die Anti-Atom-Bewegung weiter internationalisieren und den Widerstand gegen die unverantwortliche Atompolitik auf EU-Ebene intensivieren muß, meinen die NaturFreunde Deutschlands.

Mit ihren Forderungen, daß der „Einsatz einer möglichst vollständigen Bandbreite an kohlenstoffarmen Technologien“ auch „CO₂-Abtrennung und -speicherung (CCS) sowie Kernenergie“ beinhalten müsse, zeigen diese Regierungen, daß die umweltpolitischen Debatten der letzten 20 Jahre an diesen Regierungen komplett vorbeigegangen sind, so

die NaturFreunde Deutschlands weiter.

Einer der entscheidenden Punkte in der gemeinsamen Erklärung ist, daß für die Staaten, die neue Atomkraftwerke planen, die Schaffung eines Investitionsumfelds gefordert wird, „daß die Langfristigkeit der nuklearen Infrastrukturprojekte in der EU berücksichtigt“. Zu befürchten ist, daß damit eine Erhöhung des Kreditplafonds von EURATOM verbunden sein soll, was alle Bemühungen der Umwelt- und Anti-Atom-Bewegung nach einem vertraglichen Verbot von Atomkraftnutzung in der EU unterlaufen würde.

Planungen der Atomlobby aus Banken, Unternehmen und Politik in den zwölf unterzeichneten Staaten:

In **Bulgarien** will die Regierung am Reaktorstandort Kosloduj zwei neue Atomreaktoren bauen.

Finnland baut seit über vier Jahren in Olkiluoto zusammen mit dem französischen Atomkonzern Areva an einem neuen Atomreaktor.

Auch die Regierung in **Frankreich** verkündet in regelmäßigen Abständen, daß sie neue Atomreaktoren bauen will und ist derzeit mit dem ständig teurer werdenden Bau des neuen Reaktors in Flamanville beschäftigt.

Erst vor wenigen Jahren hat die **britische Regierung** Standorte für zehn neue Atomkraftwerke genehmigt und sucht nun intensiv nach Investoren.

Obwohl sich in **Litauen** bei einer Volksabstimmung im letzten Jahr 61,5 Prozent gegen den Bau eines neuen Atomreaktors ausgesprochen haben, versucht die Regierung mit der Unterstützung der Initiative der 12 Staaten Fakten vorzubereiten, um doch noch in den Atomkraftwerksbau einsteigen zu können.

In den **Niederlanden** ist in Borssele ein neues Atomkraftwerk in Planung und soll gegen den Willen der Mehrheit der niederländischen Bevölkerung gebaut werden.

Mit dem im letzten Jahr verabschiedeten Atomprogramm in **Polen** will die Regierung in den nächsten 20 Jahren vier Reaktoren mit insgesamt 6000

Megawatt Leistung bauen.

Am **rumänischen Atomkraftwerksstandort** Cernavodă sind zwei neue Reaktoren in Planung, obwohl der Standort in einer der seismisch aktivsten Regionen Europas liegt.

In der **Slowakischen Republik** sind am Standort Mochovce zwei Reaktoren seit Langem in Bau; am Standort verkündet die Regierung seit Längerem, daß sie sich zwei weitere Atomreaktoren vorstellen kann.

Die Regierung in **Spanien** versucht gegen die Mehrheit der Bevölkerung den Neubau von Atomreaktoren zu forcieren und mit einer Öffentlichkeitsoffensive durchzusetzen.

Das Tschechische Industrieministerium verlautbarte, daß in **Tschechien** zehn neue Atomkraftwerke in den nächsten 50 Jahren gebaut werden sollen. Mit der massiven Planung eines neuen Reaktorblocks in Temelín sollen hier erste Fakten geschaffen werden.

Die Regierung von **Ungarn** hat erst vor wenigen Monaten verkündet, daß sie am Atomkraftwerksstandort in Paks den Neubau von Reaktoren vornehmen möchte.

Mit der Kampagne „EURATOM? Nein danke!“ (www.euratom-nein-danke.de) fordern die NaturFreunde die

Auflösung von EURATOM und erwarten von der Bundesregierung, daß Deutschland den Vertrag kündigt.

AKW-Haftpflicht-Petition an das Europäische Parlament

Eine von atomstopp Oberösterreich zum FUKUSHIMA-Gedenktag initiierte Petition für eine europaweit einheitliche Haftpflichtversicherung für Atomreaktoren stößt auf reges Interesse. Rund 5.000 Unterschriften liegen bereits vor. Inzwischen ist über die Website www.atomstopp.at nicht nur in Österreich, sondern auch in Tschechien, Schweden, Finnland und Deutschland eine ONLINE-Unterzeichnung möglich.

Die Petition richtet sich an das Europäische Parlament mit dem Ersuchen, die Europäische Kommission zur Ausarbeitung eines Verordnungsvorschlags aufzufordern, der eine Haftpflichtversicherung für jeden Atomreaktor in der Europäischen Union vorsieht und zwar in Höhe von mindestens 400 Milliarden Euro pro Atomreaktor.

Schäden aus dem Betrieb von Atomreaktoren sind bislang generell von der Umwelthaftung ausgenommen. Die Betreiber von Atomreaktoren haften meist nur bis zu einer vernachlässigbaren Höhe im Vergleich zum Schaden, der bei einer Atomkatastrophe angerichtet wird. Außerdem divergieren die jeweiligen Haftungen der Betreiber für Schäden aus einer Atomkatastrophe enorm: in der Slowakei nur bis zu 50 Millionen Euro, in Frankreich nur bis zu 91 Millionen Euro, hingegen in Spanien bis zu 1,4 Milliarden Euro und in Deutschland für alle Atomreaktoren gemeinsam mit maximal 2,5 Milliarden Euro. Die Unterschiede ergeben sich aus den verschiedenen Konventionen zur Regelung von Atomhaftungen (Wiener Konvention, Pariser Konvention, diverse Zusatz-

protokolle). Eine im Februar 2013 veröffentlichte Studie beziffert die Schäden eines SuperGAUs in Frankreich mit 430 Milliarden Euro.

Wird der Betreiber nach einer Reaktorkatastrophe zahlungsunfähig, muß die Allgemeinheit für die weiteren Kosten aufkommen. Das widerspricht dem Grundsatz des Verursacherprinzips, der auch für die Betreiber von Atomreaktoren gelten sollte, meinen die Initiatoren der Petition.

„Daß Energiekommissar Oettinger bereits angekündigt hat, einen entsprechenden Vorschlag im Herbst 2013 vorlegen zu wollen, freut uns natürlich! Keinesfalls darf aber passieren, daß die Kommission nur einen unambitionierten Vorschlag vorlegt und dem Lobbying der Atomindustrie unterliegt. Die Haftungssumme für jeden einzelnen Atomreaktor in der EU muß sich am potenziellen Schaden orientieren! Wir wollen nicht, daß schlussendlich dann doch wieder die Allgemeinheit für Schäden aufkommen muß und die Atomindustrie mit dem Kommissionsvorschlag einen Freibrief für ihre weitere Umweltgefährdung bekommt!“, so Egger und Schweiger, Sprecher von atomstopp_oberoestereich.

Versicherungswissenschaft belegt: AKW sind nicht versicherbar. Eine adäquate Haftpflichtprämien würden Atomstrom unwirtschaftlich machen

Angesichts der aktuellen Berichterstattung über viel zu niedrige Haftungsgrenzen für die Betreiber von Atomkraftwerken weist der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) jetzt erneut auf eine Studie der Versicherungsforen Leipzig GmbH vom April 2011 hin. Sie belegt, daß Atomkraftwerke in Deutschland massiv unterversichert sind. Müßten die Betreiber ihre Anlagen adäquat gegen nukleare Katastrophenfälle absichern, würde der Preis für

eine Kilowattstunde (kWh) Atomstrom je nach Versicherungsmodell auf bis zu 2,36 Euro steigen. Das entspräche mehr als dem Zehnfachen des durchschnittlichen Haushaltsstrompreises. Die Risiken, die aus dem Betrieb der AKW resultieren, sind damit in der Praxis nicht versicherbar, erklärt der BEE. Die Versicherungsforen Leipzig GmbH hatten im Auftrag des BEE erstmals angemessene Versicherungsprämien für Atomkraftwerke nach versicherungswissenschaftlichen Maßstäben berechnet.

Nach Ansicht des BEE müssen von der Gesellschaft zu tragende Belastungen, die sich nicht in den Preisen der jeweiligen Energieträger widerspiegeln, offengelegt werden und in die Preisbildung einfließen. Nur so könnten Politik und Verbraucher Kosten und Nutzen der Energiewende tatsächlich beurteilen und nachhaltige Entscheidungen treffen.

Versicherungsforen Leipzig: Berechnung einer risikoadäquaten Versicherungsprämie zur Deckung der Haftpflichtrisiken, die aus dem Betrieb von Kernkraftwerken resultieren. Im Auftrag des Bundesverbandes Erneuerbare Energie e.V. (BEE), Leipzig, April 2011.

Die Studie ist zum Download zu finden unter <http://bit.ly/iZlr6v>
Eine Zusammenfassung der Studienergebnisse ist zu finden unter <http://bit.ly/ZMyOBu> ●

Gratulation

Wolfgang Köhnlein 80 Jahre

Am 1. Mai dieses Jahres feierte Professor Dr. Wolfgang Köhnlein, Gründungsmitglied und früherer Präsident der Gesellschaft für Strahlenschutz, seinen 80. Geburtstag. Im Odenwald geboren und in Heidelberg aufgewachsen, studierte er in Karlsruhe und Heidelberg Physik und Ma-

thematik und promovierte 1963 zum Dr.rer.nat. Mit einem Postdoktorandenstipendium des National Institute of Health folgten für ihn zwei Forschungsjahre in den USA, die er an der Yale Universität in New Haven, Connecticut, verbrachte. In seiner Doktorarbeit hatte er Strahlenwirkungen auf die DNA untersucht. Diese Forschungen baute er dort mit molekularbiologischen Methoden aus.

1966 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Strahlenchemie des Kernforschungszentrums Karlsruhe und 1967 trat er in das Institut für Strahlenbiologie der Universität Münster ein. Er habilitierte sich 1972 für das Fach Strahlenbiologie und Biophysik.

1974 wurde er dann in Münster auf eine Professur für Strahlenbiologie berufen und war von 1994 bis zu seiner Pensionierung Geschäftsführender Direktor des Instituts für Strahlenbiologie. 1999 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Strahlenschutzkommission (SSK) bestellt und war auch Vorsitzender des Risikoausschusses der SSK. Im Jahr 2000 wurde er durch die deutsche Regierung in das United Nations Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation (UNSCEAR) berufen.

Ein Schlüsselerlebnis wurde für ihn der Unfall in der Atomkraftwerksanlage Three Mile Island 1979 in den USA. In einem der beiden Druckwasserreaktoren war es zu einer Kernschmelze gekommen, ein Ereignis, das laut Atomindustrie und behördlichen Gutachtern angeblich nicht möglich war. Dieser Irrtum und die nachfolgende hochoffizielle Vertuschung der Strahlenfolgen sowie die Jagd auf die wissenschaftlichen und juristischen Vertreter der Opfer trugen zu Köhnleins Ablehnung der Atomkraftnutzung bei. Seine zunehmende Beschäftigung mit den Wirkungen von